

Unterstützung von ungewohnter Seite

Süddeutsche Zeitung spricht sich für höhere Vergütungen aus

Die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) ist allgemein nicht als besonders zahnartzfreundlich bekannt. Erst Anfang Dezember 2017 prangerte das Blatt wieder einmal die angebliche „Gier“ der Zahnärzte an. Umso mehr überraschte den Berufsstand ein Kommentar, der kurz vor Weihnachten erschien. „Gebt Zahnärzten mehr Geld“, forderte Wirtschaftsredakteur Hans von der Hagen. Seine Argumente sind plausibel.

„Die Kommerzialisierung in den Praxen ist zu einem Problem geworden – sie verunsichert Patienten und untergräbt das Vertrauen in die Ärzte. Das liegt auch am ziemlich reformbedürftigen Vergütungssystem“, leitet der SZ-Journalist seinen Meinungsbeitrag ein. Kein Mensch gehe gern zum Arzt. Immer schwinde die Sorge vor unangenehmen Diagnosen und Schmerzen mit. Besonders gefürchtet sei der Zahnarzt. Konnte die Furcht früher recht konkret an Bohrer und Zange festgemacht werden, habe sich längst eine zweite Sorge hinzugesellt: Wie teuer wird es dieses Mal? Die Kommerzialisierung in den Praxen verunsichere die Patienten und untergrabe das Vertrauen in die Ärzte. Das Rezept dagegen? „Ja, womöglich mehr Geld“, konstatiert von der Hagen.

Von der Hagen hat für seinen Beitrag gründlich recherchiert. Er verweist darauf, dass die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) ihre Ausgaben für zahnmedizinische Leistungen seit Jahrzehnten reduziert haben. Der Anteil der Zahnmedizin an den GKV-Gesamtausgaben der Krankenkassen lag bekanntlich in den 1990er-Jahren noch bei über elf Prozent. Heute ist er auf unter sieben Prozent gesunken. Die Folgen sind bekannt: höhere Eigenanteile der Patienten gerade beim Zahnersatz.

„Der Zuzahlungsreigen begann schon Ende der Achtzigerjahre, weil die Kassen damals der Kosten nicht mehr Herr wurden. Seither bezahlen Patienten Teile ihrer Behandlung selbst, so wie es in vielen anderen Ländern auch der Fall ist. Dieses Vorgehen war sinnvoll, denn es hat geholfen, die Versorgung durch die Krankenkassen bei der Zahnbehandlung noch immer auf einem vergleichsweise hohen Niveau zu halten, ohne dass die Beiträge

völlig ausufernten. Und: Die Deutschen achten angesichts der hohen Kosten mehr auf ihre Zähne“, kommentiert von der Hagen diese Entwicklung. Aus Kassenpatienten seien dadurch vielfach Privatpatienten geworden. Doch die komplizierten Heil- und Kostenpläne würden eben auch viele Versicherte überfordern.

Mehr Transparenz

Auch für die Zahnärzte sei das aktuelle Vergütungssystem nicht optimal. „Viele Zahnärzte sind unzufrieden mit ihren Einkommen. Seit 2005 erhalten sie von den Kassen für die Behandlung nur noch Festbeträge, zudem ist das Vergütungssystem erstaunlich planwirtschaftlich organisiert: Die von den Kassen vergüteten Leistungen werden nach einer anderen Gebührenordnung abgerechnet als jene Leistungen, die von privaten Versicherungen oder den Patienten direkt gezahlt werden.“ Dennoch nutze die große Mehrheit der Praxen die Spielräume bei der Rechnungsstellung nicht aus. Auch wenn die Zahnärzte unisono über die veraltete Gebührenordnung murren würden.

Ganz ohne Kritik an den Zahnärzten ist der Kommentar indes nicht: „Einige treiben aber die Kommerzialisierung dann offenbar doch ein bisschen entschlossener weiter und optimieren Rechnungen, wo es geht, um ein aus ihrer Sicht angemessenes Einkommen zu erzielen – und schlagen Behandlungen mit fragwürdigem Nutzen vor oder steigern Rechnungsbeträge mit eigenwilligen Begründungen. Korrekt ist das natürlich nicht, gleichwohl sind derlei Auswüchse auch ein Signal dafür, dass die private Abrechnung tatsächlich reformbedürftig ist. Erst vor Kurzem forderte die Bundeszahnärztekammer deutlich mehr Geld. Wenn das im Gegenzug zu einer transparenteren und faireren Abrechnung führt, dann gilt: Recht hat sie“, so das Resümee.

Ein so differenzierter Kommentar in einer linksliberalen bundesweit erscheinenden Tageszeitung – das war für die deutschen Zahnärzte und ihre Standesvertretungen fast ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk.